



3. KOMMUNALPOLITISCHES FORUM DER KPV MIT UMWELTSTAATSEKRETÄRIN KATHERINA REICHE MdB / SEITE 1



KONRAD-ADENAUER-Preis für Kommunalpolitik ging erstmals nach Thüringen / SEITE 4



KPV Nordhausen nimmt Fahrt auf / SEITE 4

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

mit unserem neuen MitgliederMagazin THÜRINGEN KOMMUNAL verfügt endlich auch die KPV Thüringen über eine eigene Publikationsplattform, die einem schon lange gehegten Wunsch unserer kommunalen Mandatsträger nach regelmäßigen Informationen über kommunalpolitisch relevante Themen gerecht wird. Auf diesem Wege wollen wir den Austausch von Ideen und Informationen aus der Landes- und Bundespolitik für Sie neu bzw. qualitativ besser organisieren und damit die KPV als Netzwerk von und für kommunale Mandatsträger ausbauen. Nur so kann und – ich bin mir sicher – wird es uns gemeinsam gelingen, dass die KPV auch künftig als Dienstleister für die zahlreichen ehrenamtlichen Mandatsträger, wahrgenommen wird.

Natürlich soll das neue Magazin auch mithelfen, die Außenwirkung der KPV als eine bedeutende Gemeinschaft von über 3.000 Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern innerhalb der Thüringer Union zu verstärken.

Viel Spass beim Lesen unseres neuen Magazins wünscht Ihnen

Gerhard Günther MdL
Landesvorsitzender der KPV Thüringen

KOMMUNALPOLITISCHES FORUM ZUR NOVELLIERUNG DES ABFALLGESETZES

Auch künftig sollen den Kommunen Thüringens bei der Abfallentsorgung bzw. -wirtschaft als ein Teil der Daseinsvorsorge so viel wie möglich Entscheidungs- und Handlungsmöglichkeiten eingeräumt werden, auch wenn der aktuelle Entwurf des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes der privaten Entsorgungswirtschaft mehr Spielräume verschafft, fasst der Stellvertretende Landesvorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU Thüringen, Michael Pabst, das Ergebnis einer eigens zur geplanten Novellierung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes am 16. Februar dieses Jahres in Erfurt angesetzten Informationsveranstaltung mit der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesumweltministerium Katherine Reiche zusammen.

Nach Auffassung von Michael Pabst, der die Veranstaltung moderierte, wäre es wünschenswert, wenn die Kommunen vor Ort selbst über die Übertragung oder Nicht-Übertragung gewerblicher Sammlungen weiterhin frei entscheiden dürften. Andererseits müsse man jedoch auf Seiten der Kommunen auch realistisch einschätzen, dass allein schon die Umsetzung von EU-Recht einschließlich wettbewerblicher Kriterien eine Vorrangposition der Kommunen erschwert. Aus

diesem Grunde plädiert die KPV erst recht für ein entscheidendes Mitbestimmungsrecht der Kommunen.

Auf dem Forum wurde die Überregulierung seitens der EU kritisiert, die unter anderem durch die Forderung nach einer flächendeckenden Einführung der „Bio-Tonne“ auch im ländlichen Raum deutlich wurde, und wo aufgrund der Eigenkompostiermöglichkeiten tatsächlich nach der Sinnhaftigkeit zu fragen ist. Ein weiteres Sorgenkind der kommunalen Entsorger ist zudem die in der Novelle geforderte flächendeckende Einführung einer sogenannten Wertstofftonne für die verbesserte Erfassung besonders wertstoffhaltiger Abfälle (z. B. seltene Technologiemetalle). Nach Auffassung der kommunalen Entsorger vor Ort führe diese zu einer weiteren Aufspaltung der Abfallentsorgung und damit zwangsläufig auch zu einer höheren Belastung der Gebührenzahler. Und im Gesetzentwurf bleibt auch ungeklärt, wer die mit der Einführung dieser „Wertstofftonne“ verbundenen Anfangsinvestitionen trägt. Aus Sicht der KPV Thüringen ist letztendlich wichtig, dass in dem neuen Gesetz die Rechte und Pflichten zwischen den Kommunen und Privaten gerecht verteilt und eine „Rosinenpickerei“ bei der gewinnbringenden Abfallentsorgung vermieden wird.



Katherine Reiche MdB erklärt den Teilnehmern des Forums am 16. Februar 2011 die geplanten Änderungen des Abfallgesetzes

STÄRKERE BÜRGERBETEILIGUNG – NOTWENDIG ZUR GESTALTUNG UNSERER GESELLSCHAFT

Von **Jörg Geibert**,
Thüringer Innenminister

Unsere Gesellschaft verändert sich permanent: teils aufgrund langfristiger Prozesse wie beispielsweise der Abnahme bzw. Alterung der Bevölkerung oder der Globalisierung, teils durch Veränderungen von Verhaltensmustern und Anforderungen im beruflichen wie im privaten Bereich (mehr Diskontinuität, höhere Mobilität und Flexibilität).

Diese Veränderungen, einhergehend mit massiven finanziellen Folgen, erfordern eine Gestaltung auch durch den Freistaat Thüringen. Strukturen und Aufgaben des Freistaates müssen deshalb entsprechend ihrer Bedeutung, ihrer Effizienz sowie ihrer Bürgernähe für Thüringen, seine Bürger, seine Kommunen und seine Unternehmen bewer-

voraussichtlich kleiner und damit die Schwerpunktsetzung vermutlich konfliktreicher wird, ist eine stärkere Einbindung der Bürger in die politischen Entscheidungen notwendig, um so die

„Umfassender Diskussionsprozess muss schwierigen Entscheidungen vorrausgehen.“

Akzeptanz einer Mehrheit zu garantieren. Daher ist es unabdingbar, dass Informationen schon in den Phasen der Entscheidungsvorbereitung ausgetauscht werden. Ob es dabei um kommunale Themen wie beispielsweise die

führen, dass die Entscheidungen selbst verzögert werden. Eine Erstarrung der Entscheidungsfindung darf nicht die Nebenfolge von Transparenz und Akzeptanz sein.

Wir wollen und fordern in Thüringen und in den Thüringer Kommunen den mündigen Bürger. Das bedeutet eine höhere Verantwortung für den Bürger. Denn damit ist er nicht nur gehalten, sich selbst aktiv einzubringen, sondern er ist auch gehalten, das Ganze mit in den Blick zu nehmen. Einer Argumentation, die sich allein auf die persönliche „Betroffenheit“ reduziert und den Gesamtzusammenhang nicht reflektiert,

„Verwaltung muss transparent sein.“

fehlt bereits grundsätzlich die Überzeugungskraft. Dennoch ist die frühzeitige Einbindung der Bürger in die Entscheidungsprozesse die bessere, ja wahrscheinlich sogar die einzige Alternative zu Protesten von Betroffenen, die sich erst mit den sichtbaren Auswirkungen einer auf rechtstaatlicher Grundlage getroffenen Entscheidung formieren. Verwaltung muss an sich transparent sein. Zugleich müssen demokratische und rechtsstaatliche Mechanismen und Verfahrenswege vermittelt, aber auch die Akzeptanz einmal getroffener Entscheidungen in ihrer demokratischen Bindungswirkung eingefordert werden. Wir werden also viel mehr und stärker als bisher miteinander diskutieren und Informationen austauschen müssen.

Thüringen hat die Rechte für die Mitbestimmung der Bürger geschaffen. Mit diesen Möglichkeiten zur Partizipation rückt der Bürger noch stärker in den Mittelpunkt – das war auch so gewollt. Jetzt gilt es, die direktdemokratischen Instrumente wie Bürgerbeteiligung, Bürgerbegehren, Bürgerentscheid, mit denen der Bürger unmittelbar und vor allem auf kommunaler Ebene Gestaltungsmöglichkeiten hat, stärker mit Leben zu füllen. Dazu sind wir alle, Bürger, kommunale Mandatsträger und auch die Landespolitik aufgerufen.



Der Thüringer Innenminister: Jörg Geibert

tet werden. Die Landes- wie auch die Kommunalpolitik muss Schwerpunkte in ihrer jeweiligen Aufgabenwahrnehmung definieren. Aufgaben, die zukünftig keinen Schwerpunkt mehr darstellen können, werden auch aufgrund der finanziellen Rahmenbedingungen in geringerem Umfang als heute erledigt werden bzw. ganz wegfallen müssen.

Gleichzeitig basiert unsere Demokratie auf der Akzeptanz von Entscheidungen durch die Mehrheit. Weil der politische Gestaltungsspielraum aber

Gestaltung von Plätzen im Ort, um eine Entlastung der Bürger durch eine Umgehungsstraße oder um die Entscheidungen zu strukturellen Veränderungen geht. Vor allem muss eine intensive Bürgerbeteiligung, d.h. unter anderem ein umfassender Diskussionsprozess absehbar schwierigen Entscheidungen vorausgehen. Zu einem Zeitpunkt also, zu dem noch nicht ein Teil der Argumente durch Vorfestlegungen hinfällig geworden ist. Gleichzeitig darf diese neue Diskussionskultur natürlich nicht dazu

ERST DENKEN, DANN HANDELN!

Von Gerhard Günther,
KPV-Landesvorsitzender

Ohne Zweifel muss die Politik die nötigen Konsequenzen aus dem demographischen Wandel und den sich ändernden finanziellen Rahmenbedingungen ziehen und die künftigen kommunalen Strukturen in Thüringen dieser Entwicklung anpassen, doch sollte dies ohne Hast, wohl überlegt und vor allem nicht über die Köpfe der Bürger hinweg geschehen. Gerade im Hinblick auf die aktuelle Diskussion um eine Gebietsreform ist eine transparente und intensive Beteiligung der aktiven und zum großen Teil ehrenamtlichen Mandatsträger vor Ort bei der Entscheidung der Frage, ob und gegebenenfalls wie die zukünftigen Kreisstrukturen zu gestalten sind, sehr wichtig. Vorausgehen muss dieser Diskussion allerdings erst eine detail-

lierte Aufgabenkritik sowie eine präzise Bewertung der tatsächlichen Einsparungen infolge einer eventuellen Gebietsreform. Aber auch der Kommunale

„Bevor über konkrete Maßnahmen einer Landkreisreform debattiert wird, muss zunächst erst eine intensive Aufgabenkritik erfolgen!“

Finanzausgleich ist – wie von der CDU-Landtagsfraktion jetzt gefordert – auf den Prüfstand zu stellen und unter Berücksichtigung der von den Kommunen

erbrachten, aber nicht vom Bund bzw. Land bezahlten Leistungen neu zu ordnen.

Sollte sich am Ende herausstellen, dass die erwarteten Einsparungen doch nicht realisiert würden, ist natürlich auch der Sinn einer Vergrößerung der Landkreisstrukturen zu hinterfragen bzw. in Frage zu stellen. Der Vorschlag der CDU, diese Aufgabenkritik in aller Ruhe und Sachlichkeit bis zum Jahre 2020 zu führen, dürfte die betroffenen Regionen zudem vor Schnellschüssen – wie die Forderungen der LINKEN und der SPD nach einer schnellen Reform – bewahren, die wir womöglich in einigen Jahren bereuen würden. Wir sollten also in keinem Falle den Eiferern aus den Reihen der SPD und der LINKEN auf den Leim gehen, sondern überlegt handeln!

GRÖSSTE ENTLASTUNG DER KOMMUNEN SEIT JAHRZEHNEN

Hartz-IV-Vermittlungskompromiss entlastet Kommunen um 13,8 Mrd. Euro

Völlig in den Hintergrund geriet zunächst bei dem fast unerträglichen Hickhack um die Hartz IV-Neuregelungen die damit verbundene umfassendste Kommunalentlastung der letzten Jahrzehnte. Immerhin ging es bei dem ursprünglichen Hartz-VI-Vermittlungsprozess auch um eine Milliarden schwere Entlastung der Städte, Gemeinden und Landkreise in den kommenden Jahren. Denn mit der Verabschiedung des umfangreichen Paketes für Hartz-IV-Empfänger und bedürftige Kinder durch den Deutschen Bundestag am 11. Februar wurde ebenfalls auch eine in der Öffentlichkeit nicht so beachtete Entlastung der Kommunen in Höhe von insgesamt 13,8 Mrd. Euro auf den Weg gebracht, von der auch die Thüringer Städte und Gemeinden mit mehr als 160 Mio. Euro profitieren werden.

Entlastung Nr. 1: Um zu einer spürbaren Verbesserung der Kommunal Finanzen beizutragen, soll die Finanzierung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung – in der Regel ein

beachtlicher Ausgabeposten in den Städten und Gemeinden – bis zum Jahre 2014 in drei Schritten (2012: 45%, 2013: 75% und 2014: 100%) vollständig vom Bund übernommen werden. An der zu

Entlastung Nr. 2: Ab 2012 würden die Kosten der Unterkunft nicht mehr auf der Basis der Bedarfsgemeinschaften, sondern auf der Grundlage der tatsächlichen Kosten erstattet werden, was



erwartenden Entlastung der Kommunen in der gesamten Bundesrepublik in Höhe von 12,2 Mrd. Euro würden selbstverständlich auch die Landkreise und kreisfreien Städte Thüringens partizipieren.

zugunsten der Kommunen deutschlandweit eine Entlastung in Höhe von 1,6 Mrd. Euro ergeben soll, wie Hochrechnungen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes ergaben.

KPV KREISVERBÄNDE

KPV NORDHAUSEN NIMMT FAHRT AUF

Von Anja Sturm, Schriftführerin

Der KPV-Kreisverband Nordhausen wählte am 10. März dieses Jahres einen



Der neue Kreisvorstand der KPV Nordhausen mit dem Landesvorsitzenden Gerhard Günther

neuen Vorstand. Der Landtagsabgeordnete Egon Primas wurde einstimmig als Vorsitzender gewählt. Weiter gehören dem Vorstand an: Stefan Nüßle (Stellvertretender Vorsitzender), Jeanette Goedecke (Schatzmeisterin), Anja

Sturm (Schriftführerin) sowie Renè Fullmann, Claudia Krumbein, Frank Rostek und Renè Schröter-Appenrodt jeweils als Beisitzer.

Grundlegende Ziele der KPV sind die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung sowie die Sicherung der kommunalen Finanzautonomie. Als Ehrengast konnte der KPV-Landesvorsitzende Gerhard Günther, MdL begrüßt werden, der in seinem Grußwort die Bedeutung der KPV als Dienstleister

für die kommunalen Mandatsträger hervorhob. Es fand ein reger Meinungsaustausch statt. Dabei zeigte sich Informationsbedarf bei den kommunalen Mandatsträgern. In Ergebnis dessen wird eine Regionalkonferenz der KPV

vorbereitet, bei der alle offenen Fragen diskutiert werden können. Der neue Kreisvorsitzende Egon Primas betonte abschließend die Wichtigkeit der politischen Diskussion an der Basis mit den Kommunalpolitikern: „Ein frühzeitiger Informationsfluss und Austausch untereinander lassen viele Fragen und Probleme erst gar nicht aufkommen.“

AUSGEZEICHNET:



Der Kreisvorsitzende der KPV Eichsfeld Horst Dornieden (2.v.r.) erhielt auf dem KPV-Bundeskongress in Weimar im November letzten Jahres aus den Händen der Thüringer Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (2.v.l.) den Konrad-Adenauer-Preis für Kommunalpolitik in Gold. Horst Dornieden nahm die Auszeichnung als Vorsitzender des Trägervereins Grenzlandmuseum Eichsfeld für die Erarbeitung und Veranschaulichung der Zeitgeschichte in einem Grenzlandmuseum an der thüringisch-niedersächsischen Grenze entgegen. Erstmals ging damit der Preis nach Thüringen – der KPV-Landesvorstand gratuliert!

KPV SAALFELD-RUDOLSTADT WÄHLTE NEUEN VORSTAND

Von Kristin Bock, Wahlkreisbüromitarbeiterin

Am 28. Februar 2011 haben die Mitglieder der KPV einen neuen jungen



Gerhard Günther übergibt den Staffelstab an den neuen Vorsitzenden Jörg Reinhardt

Vorstand gewählt. Den Staffelstab nach vielen Jahren der Vorsitztätigkeit im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt übergab der KPV-Landesvorsitzende Gerhard Günther an Jörg Reinhardt, der für die

CDU im Rudolstädter Stadtrat wichtige Impulse setzt. Ihm zur Seite wird zukünftig Tobias Fischer als Stellvertreter stehen. Mit dem Wechsel verbindet Gerhard Günther die Hoffnung, dass frische Ideen junger Kommunalpolitiker eine Chance erhalten. „Wir wollen Weiterbildung und aktuelle Information unserer Mandatsträger noch stärker in den Vordergrund rücken und mit interessanten Veranstaltungen begleiten.“ betonte Gerhard Günther, der Jörg Reinhardt mit Rat und Tat unterstützend zur Seite stehen wird.

Weiterhin in den Vorstand als Beisitzer gewählt wurden, Wolfgang Dütthorn, Frank Eilhauer, Michael Pabst und Maik Kowalleck. Den Vorstand komplettiert Steffen Heinzelmänn als Schriftführer.

IMPRESSUM

Herausgeber:

KPV-Landesverband Thüringen, 99096 Erfurt, Friedrich-Ebert-Straße 63
Tel: 0361 / 3449230

KPV-thueringen@t-online.de
www.kpv-thueringen.de

Redaktion: Reyk Seela, KPV-Landesgeschäftsführer

Satz/Gestaltung: Christian Zinke

Auflage: 3.000 (erscheint vierteljährlich)